

M2

Titel Geordnetes-Rückkehr-Gesetz? nicht mit uns! - kein
AntragstellerInnen Rechtsruck in der SPD-Bundestagsfraktion
Zur Weiterleitung an

Geordnetes-Rückkehr-Gesetz? nicht mit uns! - kein Rechtsruck in der SPD-Bundestagsfraktion

1 Am Freitag, den 07.06.2019 hat der Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition ein
 2 Migrationspaket verabschiedet. Dieses beinhaltet unter anderem ein Projekt Horst Seehofers, das
 3 sogenannte "Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht" bzw. "Geordnete-Rückkehr-
 4 Gesetz". Dieses wird von verschiedenen Geflüchtetenorganisationen und in vielen Medien zurecht als
 5 "Hau-Ab-Gesetz" bezeichnet, schließlich handelt es sich um eine extreme Verschärfung des Asylrechts
 6 besonders in Hinblick auf Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam. Unter anderem sollen
 7 Geflüchtete künftig statt 6 bis zu 18 Monate in den von uns ohnehin abgelehnten Ankerzentren isoliert
 8 werden. Es soll ein neuer Status unterhalb der Duldung eingeführt werden, der für noch größere
 9 Unsicherheit, Arbeitsverbote und erweiterte Auflagen für Geflüchtete sorgt, wenn diese ihrer
 10 Passbeschaffungspflicht nicht nachkommen können. Abschiebeprozesse werden durch die neue
 11 Deklaration als "Geheimnis" intransparent und Menschen in der Geflüchtetenarbeit die Möglichkeit
 12 verwehrt, Geflüchteten zu helfen, deren Rechte verletzt werden. Desweiteren sollen Geflüchtete durch
 13 den verfassungswidrigen Entzug von Sozialleistungen in andere EU-Länder verdrängt werden, wo teils
 14 unterirdische Zustände wie die konkrete Gefahr der Obdachlosigkeit auf die Betroffenen warten. Die
 15 Abschiebehaft soll künftig auch in regulären Haftanstalten erfolgen können, also dort wo sonst
 16 eigentlich nur Strafgefangene untergebracht werden.

17 Trotz des umstrittenen Inhalts der Gesetze und der vielen zivilgesellschaftlichen Stimmen dagegen,
 18 wurde das Gesetzbündel von der Großen Koalition ohne Grund im Eilverfahren durch das Parlament
 19 verabschiedet, obwohl sie teilweise gegen den Koalitionsvertrag verstoßen. Leider hat man sich nicht
 20 die Zeit genommen, die Kritiker*innen intensive in den Diskurs einzubinden, sondern stattdessen den
 21 Gesetzesentwurf im Hauruck-Verfahren zur Abstimmung gebracht. Ein so sensibles Thema erfordert
 22 mehr Vernunft und die Fairness, einen würdigen Diskussionsprozess zuzulassen.

23 Die Bundestagsfraktion hat bereits im Vorfeld der Abstimmung zum sogenannten Geordnete-
 24 Rückkehr-Gesetz eine Art Rechtfertigung für die Zustimmung in Form eines FAQ veröffentlicht. Die
 25 Inhalte dieser Veröffentlichung haben uns fassungslos gemacht, sie sind mit den Grundwerten der
 26 SPD und allgemeiner gesprochen mit denen der Menschenwürde nicht vereinbar. So wurde
 27 beispielsweise die Frage, ob künftig auch Familien mit Kindern und Jugendlichen eingesperrt würden
 28 (was das Gesetz vorsieht, beziehungsweise explizit nicht ausschließt) folgendermaßen beantwortet:

29 „Für Minderjährige und Familien mit Minderjährigen gelten ganz hohe Schutzrechte. Sie dürfen nur in
 30 besonderen Ausnahmefällen und nur so lange in Abschiebungshaft genommen werden, wie es unter
 31 Berücksichtigung des Kindeswohls angemessen ist. Das Kindeswohl hat Vorrang.“

32 Allein diese Passage zeigt uns erschreckend eindrücklich, dass sich unsere Bundestagsfraktion in der
 33 breiten Mehrheit und alle, die dieses Gesetz mitgetragen haben, so weit von Anstand und
 34 Menschlichkeit verabschiedet haben, dass wir keine andere Möglichkeit sehen, als uns konsequent
 35 abzugrenzen. Die Verantwortlichen haben alle roten Linien überschritten und scheinen das noch
 36 nicht einmal gemerkt zu haben. Rechte Politik der CSU wird nicht mehr nur widerwillig mitgetragen,
 37 sondern insbesondere in der Kommunikation nach außen auch noch als eigene Handschrift verkauft.
 38 Mancher Abgeordnete der SPD (!) ging in den öffentlichen Verlautbarungen sogar soweit, dass

39 wortwörtlich der Wahlslogan von NPD und AfD "Einwanderung in Sozialsysteme" [sic] sich zu eigen
40 gemacht wurde.

41 Es ist nicht so, dass es im Vorfeld nicht genügend Warnungen gegeben hätte. Die Arbeitsgemeinschaft
42 Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen warnte davor, Migrant*innen mit der neuen Form der
43 Duldung in die illegale Beschäftigung zu treiben. Sie bezeichnete die Vorbereitungshaft als
44 verfassungsrechtlich bedenklich und die Verschärfung des Ausweisungsrechts als Mittel zur Spaltung
45 der Gesellschaft. Allgemein konstatiert die AsJ, dass die Gesetze an ihrer Zielsetzung vorbei gehen
46 und grundlegende, sozialdemokratische Werte verletzen. Die Menschenrechtskommissarin des
47 Europarates rief dazu auf von den Gesetzen Abstand zu nehmen, da sie in Teilen der
48 Rechtsprechung des europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte widersprechen. Wir Jusos
49 haben frühzeitig klar gemacht, dass wir weitere Asylrechtsverschärfungen ablehnen und die
50 menschenverachtenden Inhalte der Gesetze konkret angeprangert. Viele Amts- und
51 Mandatsträger*innen haben eine Petition gegen die Asylrechtsverschärfungen unterzeichnet. In einem
52 offenen Brief haben Pro Asyl, die AWO, Amnesty International und viele weitere Verbände gebeten, das
53 sogenannte "Geordnete-Rückkehr-Gesetz" abzulehnen. Sogar aus der Gewerkschaft der Polizei wurden
54 kritische Stimmen laut, die verfassungsrechtliche Bedenken äußerten. Im Verhalten unserer
55 Bundestagsfraktion sehen wir bei der Verabschiedung des Gesetzpaketes ein strukturelles Problem,
56 das nicht zum ersten Mal zutage tritt. Innerhalb der Fraktion wird im Vorfeld solcher strittiger
57 Abstimmungen auf einzelne Abgeordnete ein immenser Druck aufgebaut, um getroffenen
58 Absprachen der Großen Koalition im Parlament eine Mehrheit zu garantieren. Dies führt dazu, dass
59 sich jene Mitglieder des Bundestags, die in ihrer Haltung sehr kritisch sind und beispielsweise dem
60 "Hau-Ab-Gesetz" wohl nach eigenem Gewissen und eigener Überzeugung nicht zugestimmt hätten,
61 am Ende doch ihre Stimme gegeben haben. Wir kritisieren also explizit nicht nur den*die einzelne
62 MdB, der*die am Ende dem Gesetz zugestimmt hat, sondern insbesondere die Prozesse und den
63 Umgang innerhalb der gesamten Bundestagsfraktion der SPD. Uns ist in dem Zusammenhang
64 bekannt, dass ein Abstimmverhalten gegen die Fraktionslinie nicht nur den Listenplatz bei der
65 nächsten Wahl in große Gefahr bringt, sondern auch während der laufenden Legislatur in der Fraktion
66 mit Ausgrenzung bis hin zu einer gewissen sozialen Ächtung durch die Mehrheit der Fraktion bestraft
67 wird. Umso entschlossener stellen wir uns hinter die Abgeordneten, die trotz des hohen Drucks starke
68 Haltung bewiesen haben und gegen das Gesetz gestimmt haben und wünschen uns explizit, dass
69 solche Personen in Zukunft die Führung der Partei mit übernehmen. Wir Jusos halten es für dringend
70 erforderlich, dass die beschriebenen Mechanismen des politischen Arbeitens überwunden werden
71 und eine neue, offenere Diskussions- und Entscheidungskultur etabliert wird. Deshalb werden wir bei
72 zukünftigen Listenaufstellungen vorrangig Jusos, neue Kandidat*innen und jene Kandidat*innen, die
73 uns mit ihrer Haltung in der SPD-Bundestagsfraktion überzeugt haben, unterstützen. Das gilt sowohl
74 für Listenaufstellungen, wie auch für den Wahlkampf. Schon oft haben wir klar gemacht, dass wir das
75 Hauptproblem der GroKo nicht darin sehen, eigene Erfolge zu unklar zu kommunizieren. Wir sehen
76 ein großes Problem im Gegenteil darin, dass nicht klar kommuniziert wird, wenn das eigentlich aus
77 SPD-Sicht erwünschte gegen die Union nicht erreicht werden kann oder wie im Falle des "Hau-Ab-
78 Gesetzes", wenn entgegen eigener Überzeugungen Gesetze verabschiedet werden, um dem
79 Koalitionspartner entgegenzukommen, weil diese Teil größerer Kompromisse mit gegenseitigen
80 Zusicherungen sind. Aber genau unter diesem von uns kritisierten Aspekt finden wir es umso
81 wichtiger, diese Situation auch klar zu kommunizieren und sehen hier die Verantwortung bei den
82 Abgeordneten, transparent zu machen, wann sie gegen ihre eigenen Überzeugungen abgestimmt
83 haben und inhaltlich nicht hinter verabschiedeten Gesetzen stehen. Unserer Partei und unsere SPD-
84 Bundestagsfraktion wird dann stark, wenn sie es schafft unterschiedliche Meinungen zuzulassen, auch
85 in der Öffentlichkeit. Eine scheinbare Einheit darf es nicht um jeden Preis geben.

86 Wir stellen abschließend klar:

87 • Die am 07.06.2019 vom Bundestag mit den Stimmen von SPD-Abgeordneten verabschiedeten
88 Gesetze zum Asyl- und Aufenthaltsrecht widersprechend grundsätzlichen Werten unserer Partei,
89 verstoßen in Teilen möglicherweise gegen die Verfassung und sind mit der Menschenwürde nicht
90 vereinbar.

91 • Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, das FAQ zu diesen Gesetzen von ihrer Website zu
92 nehmen und stattdessen auf der Website der SPD-Bundestagsfraktion eine deutliche Distanzierung

- 93 von den beschlossenen Asyl- und Aufenthaltsrechtsverschärfungen zu veröffentlichen.
- 94 • Die Abgeordneten, die nicht aus Überzeugung, sondern aus oben erläuterten Gründen für das
95 Gesetz gestimmt haben, fordern wir auf, sich von den beschlossenen Asyl- und
96 Aufenthaltsverschärfungen öffentlich zu distanzieren. Wir fordern alle Delegierten der SPD-
97 Bundestagsfraktion auf, sich vor Ort in ihren Wahlkreisen und im Bund für die Verbesserung der
98 konkreten Lebenssituation und rechtlicheren Situation der Asylbewerber*innen einzusetzen und so
99 die schädliche Wirkung des Gesetzes möglichst einzudämmen.